

**Datum**

21. November 2014

**ZdK ruft zu weltweiter Solidarität mit verfolgten Christen auf**

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat in seiner Vollversammlung in Bonn-Bad Godesberg am Freitag, dem 21. November 2014, zu weltweiter Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen aufgerufen. "Eure Not lässt uns nicht gleichgültig! Euer Leid ist auch unser Leid! Wir beten mit euch für Frieden und Versöhnung!", heißt es in dem Aufruf des ZdK wörtlich.

Alle Menschen guten Willens seien dazu angehalten, verfolgten und bedrängten Menschen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, Hilfe zu leisten und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Gewalt Einhalt zu gebieten. Zugleich dankte das ZdK für die bisherige große Spendenbereitschaft – auch im Rahmen der Sonderkollekte der Diözesen – für die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort. Rasche humanitäre Hilfe sei in noch stärkerem Umfang weiterhin dringend nötig.

"Die Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, sollen sich willkommen fühlen und nach unsäglichem Leid wieder ein menschenwürdiges Leben führen können. Dazu bedarf es auch unseres Engagements und unserer Hilfe!", so der Aufruf. "Unsere Schwestern und Brüder sind in schwerer Bedrängnis, derzeit insbesondere im Nahen Osten. Mit ihnen sind wir solidarisch."

Dr. Gregor von Fürstenberg, Vizepräsident des Katholischen Hilfswerkes "missio", betonte in seinem anschließenden Impulsreferat die Wichtigkeit des christlich-islamischen Dialogs. Es gehe nicht gegen eine andere, sondern um die Freiheit in der Religion. "Der kritischste Punkt bei der Behandlung dieses Themas ist, meiner Meinung nach, hier bei uns in Deutschland, sich nicht in einer Ecke von Islamfeindlichkeit und Islamophobie zu bewegen oder sich von anderen in diese Ecke drängen zu lassen", so von Fürstenberg.

Mit Blick auf die Freilassung der ursprünglich zum Tode verurteilten sudanesischen Christin Miriam Ibrahim und auf die Morde an einem christlichen Ehepaar in Pakistan, sei ersichtlich, dass das Menschenrecht auf Religionsfreiheit auf der internationalen Agenda angekommen sei. Durch die genaue Beobachtung der Weltöffentlichkeit könne es sich keine Regierung und kein Staat mehr erlauben, Menschen - egal welcher Glaubensrichtung und Konfession - aus religiösen Gründen zu benachteiligen oder ihnen Schlimmeres anzutun.

Von Fürstenberg: "Es geht dabei nicht allein um die Anliegen von Christen, sondern um die von Angehörigen aller Religionen, für die wir Religionsfreiheit fordern. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ist unteilbar und gilt für alle Menschen."